



Die Uhren ticken. Überall auf dem Globus versuchen Regierungen in letzter Minute, mit Präsident Trump Kontakt aufzunehmen, Delegationen nach Washington zu schicken oder bei ihren eigenen Importzöllen nachzugeben – in der Hoffnung, den drohenden Strafzöllen zu entkommen, die jetzt in Kraft treten sollen.

Ob Trumps Regierung wirklich verhandlungsbereit ist, bleibt unklar. Der Präsident äußerte mehrfach, die neuen Zölle – zwischen 10 und 40 Prozent auf Waren aus fast 60 Ländern – blieben bestehen, bis die Handelsdefizite der USA verschwänden. Trotzdem scheint das Weiße Haus durchaus offen für freundliche Angebote aus dem Ausland.

Bislang haben nur China und Kanada mit Gegenzöllen reagiert. Die EU droht zwar ebenfalls mit Gegenmaßnahmen, bot im Gegenzug aber auch an, einige Zölle komplett zu streichen – sofern die USA im Gegenzug das Gleiche tun.

China im Fadenkreuz

Trump warnte Peking: Sollte China seine Gegenzölle nicht zurücknehmen, würden ab morgen zusätzliche 50 Prozent Zoll fällig. Die Folge? Chinesische Importe in die USA würden mit bis zu 104 Prozent besteuert. China konterte umgehend – man werde „bis zum Ende kämpfen“. Die Worte „Erpressung“ und „Drohung“ fielen.

Wirtschaft auf der Kippe

An der Wall Street herrscht weiterhin große Nervosität. Der Handelstag endete erneut mit leichten Verlusten. Der S&P 500 taumelt gefährlich nahe an einen sogenannten Bärenmarkt heran. In Asien dagegen beruhigten sich die Märkte etwas.

Weitere Schlagzeilen aus dem Weißen Haus

Der Oberste Gerichtshof entschied, dass venezolanische Migranten weiterhin auf Grundlage eines alten Kriegsrechts-Paragraphen abgeschoben werden dürfen – eine frühere Gerichtsentscheidung, die dies gestoppt hatte, wurde damit aufgehoben.

Gleichzeitig plant die Trump-Regierung offenbar milliardenschwere Investitionen, um die Infrastruktur zur Inhaftierung von Migranten auszubauen.

Beim Thema Informationspolitik schlägt Trump neue Wege ein: Regierungswebseiten verschwinden, Daten werden gelöscht – stattdessen schreibt der Präsident seine eigene Version der Geschichte.



Atomgespräche mit Iran?

Trump kündigte an, dass die USA am kommenden Samstag direkte Gespräche mit dem Iran über dessen Atomprogramm führen wollen. Ein letzter Versuch, das Programm einzudämmen – so seine Worte.

Iran bestätigte die Verhandlungen, erklärte jedoch, diese würden indirekt stattfinden. Heißt: Vermittler sollen zwischen den Seiten agieren. Sollte der Auftakt gelingen, sei man zu direkten Gesprächen bereit.

Trump warnte: Scheiterten die Gespräche, drohe Iran „große Gefahr“. Doch Teheran hat wenig Interesse, sein komplettes Atomprogramm aufzugeben – schließlich besitzt es inzwischen die Fähigkeit, binnen Wochen nuklearwaffenfähiges Material herzustellen.

Der Nahe Osten brodelt weiter

Gaza: Ein dramatisches Video der Palästinensischen Rotkreuz-Halbmond-Organisation zeigt die letzten Momente eines Sanitäters, bevor er von israelischen Truppen getötet wurde. 15 Rettungskräfte starben – die Organisation spricht von einem „Kriegsverbrechen“.

Israel: Premierminister Benjamin Netanjahu traf sich gestern mit Trump in Washington. Ein öffentliches Versprechen, die 17 Prozent Zoll auf israelische Produkte zu streichen, konnte er allerdings nicht erreichen.

USA: Angehörige der Opfer des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober 2023 reichten Klage gegen einen palästinensisch-amerikanischen Geschäftsmann ein. Der Vorwurf: Er habe Immobilien zur Tarnung von Hamas-Tunneln und Waffenlagern zur Verfügung gestellt.

Russland: Bleibende Narben

Rund 800.000 Menschen haben Russland seit Beginn des Ukrainekriegs verlassen. Und selbst ein möglicher Friedensschluss wird viele von ihnen nicht zurückbringen – zu tief sitzen die Wunden.

Kurzmeldungen weltweit

Myanmar: Die Militärregierung steht unter Druck. Sie soll Hilfslieferungen blockieren und verzögern – mitten in der humanitären Katastrophe nach dem Erdbeben.



Kalifornien: Ein Gericht sprach Opfern sexuellen Missbrauchs in der Jugendhaft in Los Angeles 4 Milliarden Dollar Entschädigung zu – ein Rekord.

Südsudan: Alle US-Visa von Bürgern des Landes wurden annulliert. Der Hintergrund: Weigerung der Regierung des Südsudans, Abgeschobene aufzunehmen.

Südkorea: Nach dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Yoon Suk Yeol finden am 3. Juni Neuwahlen statt.

USA: Ein Mann in Nevada wurde verhaftet – auf seinem Grundstück wurden sieben Tiger sichergestellt.

Von C. Hatty